

Liste der Anfragen (Auszug)

Amt	Stichwort	Bemerkungen	Ergebnis
01	Neuer Sitzungsvorlagenvordruck	"öffentliche" SV's werden künftig im Internet veröffentlicht	die datenschutzrechtliche Verantwortung liegt bei den Dezernaten; Verfügung des Oberbürgermeisters!
01	Anfrage des Bundes der Steuerzahler	Gehaltsfortzahlungen für Geschäftsführer ESWE und Gerichtskosten	Kein überwiegendes öffentliches Interesse, deshalb keine Übermittlung
01	Veröffentlichungen der Ämter auf wiesbaden.de	Hinweis von Wiesbaden Marketing, dass z. B. Protokolle veröffentlicht werden	Vorbereitung einer grundsätzlichen Information an alle Ämter und Dezernate
01	Einwilligungserklärung für das Bürgerbüro	Zur Beratung in Fragen, die den Sozialdatenschutz betreffen, benötigt das Bürgerbüro eine schriftliche Einwilligungserklärung der Betroffenen	Die Formulierung der Einwilligungserklärung wurde mit dem DSB abgestimmt.
01	Beschäftigtenbefragung	Im Rahmen einer Thesis sollen Beschäftigte der Stadt befragt werden. Die Durchführung der Befragung ist freiwillig, die Fragebogen sind anonym	Gegen die Durchführung der Befragung in der geschilderten Form bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenke. Hinweis auf die datenschutzgerechte Darstellung der Ergebnisse.
01	Anfrage zu Internet-Veröffentlichungen	Ein Bürger beschwert sich, dass sein KFZ, mit deutlich erkennbarem Kennzeichen, abgelichtet und ins Internet gestellt wurde.	Beschwerde ist berechtigt; datenschutzrechtlich nicht zulässig. Kennzeichen verpixeln oder Bild entfernen.
06	Datenraum der Thüga	Es soll ein Zugriff für den Stadtkämmerer eingerichtet werden.	Zuständig wäre hier der Datenschutzbeauftragte der Thüga; aus städtischer Sicht spricht nichts gegen den geplanten Zugriff
10	Tagesordnung des Ortsbeirat Nordenstadt	Grundstückeigentümer verlangt einen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.	Es ist zulässig, dass der OrtsB den Magistrat bittet in einer Angelegenheit des Ortsbezirkes zu berichten. Aussprache allerdings ggf. nicht-öffentlich.
10	Freischalten eines Diensthandys	Einverständnis des Erstbenutzers liegt vor	keine datenschutzrechtlichen Bedenken
11	Einrichtung von Vollzugriffen auf WinKoSi	Anfrage von 2005 RIS	Da die erforderlichen Unterschriften von Abt-Ltr und AL vorliegen, keine datenschutzrechtlichen Bedenken.
12	Umfrage Musikadademie 2016	Zweite Umfrage zur Evaluation des Angebots	keine datenschutzrechtlichen Bedenken
12	Heimarbeit für Beschäftigte der Statistikstelle	Grundsatz und Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten gemeinsam mit HDSB geprüft	HDSB bringt dies in einem landesweiten Arbeitskreis zur Sprache. Nach Installation zusätzlicher Sicherheitssoftware grundsätzlich möglich
12	Umfrage "Leben in Wiesbaden 2016"	Vergabe von Druck- und Kuvrierungsarbeiten	Vertrag Datenverarbeitung im Auftrag ist geschlossen
12	Jugendstudie	Fragebogenentwurf ist fertiggestellt Brief an Eltern!	Gegen die Durchführung der Befragung bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken. Hinweis auf die datenschutzgerechte Darstellung der Ergebnisse.

12	Gesundheitsumfrage		keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Durchführung der Befragung in der geschilderten Form.
12	Wahltagsbefragung		keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Durchführung der Befragung in der geschilderten Form.
12	Umfrage Vermittlungszentrum	Umfrage in Zusammenarbeit mit der Grundsatzabteilung des Amtes für Soziale Arbeit und dem Amt für Grundsicherung und Flüchtlingswesen	Die Teilnahme an der Umfrage ist freiwillig, die Ergebnisse werden in der abgeschotteten Statistikstelle anonymisiert: Es bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Durchführung der Umfrage in der vorgestellten Form.
14	Datenschutz bei der Revision	Fragen zum Kindergeldgesetz und der Revisionsordnung	Grundsätzliche Prüfbefugnis der Revision unter bestimmten Bedingungen
14	Datenlöschrichtlinie	Löschen von Handys?	Eine Datenlöschrichtlinie gibt es nicht. Hinweis auf Software Blancco
14	Grundsatz private Hard- und Software	Gespräch mit Personal- und Organisationsamt, Revisionsamt und Informationsmanagement	Überarbeitung des Grundsatzpapiers
14	Entgeltgruppe Anordnung	Angabe der Vergütungs-/Entgeltgruppe zur Unterschrift auf Zahlungsanordnungen	Laut Erlass vom 14. März 2016 darf die Entgeltgruppe aus Datenschutzgründen nicht mehr angegeben werden.
14	Zugriffe auf WinKoSi	Durch Personalwechsel ist die Einrichtung von Zugriffen auf WinKoSi für weitere Personen notwendig.	Die Erteilung der Zugriffsberechtigungen liegt im Rahmen der vom Magistrat beschlossenen Regeln.
16	Software für Fraktion	Die Fraktion Linke&Piraten möchte besondere Softwarepakete auf ihrem städtischen Rechner installieren	Keine fremde Software auf städtischen Rechnern! Die Nutzung von Cloud-Diensten wird derzeit noch von Wivertis geprüft.
20	Zuschussverträge	Angabe zu natürlichen Personen in Zuschuss-Liste	Namen natürlicher Personen, die Zuschussempfänger sind, werden anonymisiert, sofern sie als Privatperson und nicht ausschließlich in ihrer Funktion betroffen sind.
21	Kreditorennummer zu Beschäftigten-daten	Außer der Beihilfeabteilung soll nun auch die Reisekostenabrechnung zusätzlich zu Name und Anschrift die Kreditorennummer verarbeiten.	Wenn durch die zusätzliche Angabe der Kreditorennummer keine weiteren Informationen zugänglich werden, bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken.
21	Handkassen	Verantwortliche für Handkassen sollen im Öffentlichen Ordner mit Namen aufgeführt werden.	Gegen die geplante Einstellung der Listen im Öffentlichen Ordner bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken.
31	Beschwerde über Ablauf bei der Gewerbemeldestelle	Unterbrechung der Sachbearbeitung durch Zahlungsvorgang, dabei Kenntnisnahme fremder Unterlagen	Schreiben an die Gewerbemeldestelle mit der Aufforderung Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Ablauf wird neu organisiert.

31	VÜA an einer Moschee	Bürger beschwert sich bei der Stadtpolizei über eine VÜA an der Moschee in der Stielstraße	zuständigkeitshalber weitergeleitet an HDSB
31	Beweisfoto Parkvergehen	Beschwerde, dass auf Beweisfoto eine Person zu sehen ist.	Beschwerde ist berechtigt. Nur unbedingt notwendige Fotos, mit unbedingt erforderlichen Inhalten anfertigen.
31	Gewerbemeldestelle Aufbewahrungsfristen	Praktische Probleme bei einer datenschutzgerechten Löschung nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist	Die Löschung nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen kann faktisch nicht vollumfänglich durchgeführt werden.
31	Schnittstellen zu CENARIO	Aus dem Verfahren CENARIO soll auf die Fahrzeughalterdatei und das Einwohnermeldeverzeichnis zugegriffen werden.	Keine Erweiterung bestehender Zugriffe, sondern nur die technische Anbindung der bereits eingesetzten Verfahren, um einen Fall im Zusammenhang auf einem Bildschirm sehen zu können.
31	Touchdown-Arbeitsplätze	Einrichtung von Touchdown-Arbeitsplätzen für Außendienstbeschäftigte der Stadtpolizei zum Abruf und Beantworten von Mails	Da sich die Touchdown-Arbeitsplätze in einem geschlossenen Bereich befinden, gibt es keine Bedenken gegen die Einrichtung.
31	Errichtungsanordnung nach § 490 StPO	Anschreiben des Regierungspräsidiums bzgl. der Aktualisierung von Verfahrensverzeichnissen nach § 28 HSOG iVm § 490 StPo	Bei Ordnungswidrigkeitsverfahren ist künftig anstelle des Verfahrensverzeichnisses eine <u>Errichtungsanweisung</u> nach § 490 StPO zu erstellen.
34	Fotografieren im Bürgerbüro	Kunden machen Bilder im Bürgerbüro und drohen mit Veröffentlichung.	Nur das Verbreiten von Fotos ist nach KunstUrhG verboten. Empfehlung ein Verbotsschild anzubringen
34	Mailpostfach Amtsgericht	Das Amtsgericht bietet keine sichere Verbindung an.	Anfrage an den HDSB weitergeben
34	Weitergabe von Benutzererkennung und Passwort	Die Nutzung eines Zugangs durch mehrere Personen wurde von Wivertis nachdrücklich gerügt.	Durch Anfertigen eines zusätzlichen Protokolls ist jederzeit feststellbar, wer wann angemeldet war.
34	online-Urkunden	Überprüfung der Urkunden, die über das online-Rathaus beantragt werden können.	Gemeinsam mit Einwohnermeldebehörde, Standesamt, online-Rathaus.
34	Missbräuchliche Nutzung des online Portals durch CCC	Beantragung einer Sterbeurkunde für einen Mandatsträger	Missbrauch wurde bei routinemäßiger Überprüfung festgestellt. Hinweis auf § 271 StGB
34	Hackerangriff auf Briefwahl Missbräuchliche Nutzung des online Portals durch CCC	Vollständige Adresse im Bestätigungsmail, aber kein Pflichtfeld beim Antrag	Adresse ist nun ebenfalls Pflichtfeld bei der online-Beantragung von Briefwahlunterlagen.
34	Vaterschafts- anerkennung	geplanter Datenaustausch zwischen Bürgerbüro und Standesamt	Zugriff auf Einwohnermeldeverzeichnis ist keine Problem; Datenabgleich mit Jugendamt ist wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht möglich.
36	Bevölkerungsdichte	Anzahl von Personen in einem bestimmten Areal	keine personenbezogenen Daten betroffen

36	Ökoprofit	Übermittlung von Daten des Umweltamtes an das Projekt Ökoprofit	Daten natürlicher Personen unterliegen dem Datenschutz, Angaben zu juristischen Personen nicht, aber hier gilt es u. U. Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zu wahren.
36	facebook-Recherchen	dienstlicher Account zur Abschöpfung von Informationen?	datenschutzrechtlich bedenklich und deshalb abzulehnen. Informationen sind nicht frei zugänglich und letztlich nicht beweiskräftig.
36	Klingelschilder	Abfotografieren von Klingelschildern im Rahmen einer Masterarbeit	Fotografieren und Nutzen für die Masterarbeit, aber keine Veröffentlichung der Fotos
37	Reanimationsregister	Teilnahme am Deutschen Reanimationsregister der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI)	datenschutzrechtliche Erläuterungen zum Vorhaben mitgeteilt; zuständiges Justizariat benannt.
37	Herausgabe der Notrufaufzeichnungen an die Polizei	Einsatzprotokoll unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Was ist mit den übrigen Aufzeichnungen?	Der Polizei sind im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gemäß §§ 161 und 163 StPO Unterlagen auszuhändigen.
37	Einführung Digitalfunk BOS	Positionsdatenübermittlung von Einsatzfahrzeugen	Datenschutzrechtlich eher zweitrangig, da primär keine Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt.
40	OneDrive Cloud von MS	Leiter des Abendgymnasiums möchte Microsoft-Cloud-Dienste nutzen	Empfehlung zuständigkeitshalber den Hessischen Datenschutzbeauftragten einzubinden
40	7-Zip für Schulen	Prüfungsaufgaben werden vom HKM mit 7-Zip von Windows versendet	IT-M lehnt die 7-Zip-Lösung für städtische Rechner aus Sicherheitsgründen ab und schlägt stattdessen WinZip vor.
40	Anmietung eines externen Servers	Grundschule Krautgarten möchte einen externen Server für das Hosting der Schul-Homepage anmieten.	Technische Fragen weitergeleitet an IT-M und Wivertis; datenschutzrechtlich ist HDSB zuständig.
40	Z-Laufwerk einer Lehrerin	Anfrage des Schulamtes	Lehrerin verschiebt den Zugriffswunsch auf nach den Ferien.
41	Enterprise Content Management	Einführung in der Stadtbibliothek	Einführung läuft noch
52	Veröffentlichung von Vereinsdaten	Name, Anschrift und Kommunikationsdaten der jeweiligen Vorsitzenden sollten veröffentlicht werden.	Datenschutzrechtlicher Hinweis auf die grundlegenden Erfordernisse für dieses Vorhaben.
52	VÜA in Sporthallen	Welche Voraussetzungen sind an Installation und Betrieb von VÜA geknüpft?	Grundsätzliche rechtliche Sachlage mitgeteilt
53	Veröffentlichung auf facebook	Eine Klientin hat u. a. an sie gerichtete dienstliche Schreiben des Gesundheitsamts auf facebook veröffentlicht.	Keine offizielle Reaktion auf facebook-Inhalte! Keine Datenschutzverletzung bei Veröffentlichung rechtmäßig erhaltener Schreiben durch den Adressaten.
61	AutoCAD Fernwartung	Information des Informationsmanagement	keine datenschutzrechtlichen Bedenken

66	Straßenzustandskaster; Aufzeichnung von KFZ-Kennzeichen	Müssen die KFZ-Kennzeichen unkenntlich gemacht werden?	Bereits die Aufzeichnung ist unzulässig, wohl aber unvermeidbar. Die KFZ-Kennzeichen sind unverzüglich unkenntlich zu machen.
66	Geodaten im Internet	Welche Datenschutzhinweise sind notwendiger Inhalt des Web-Angebots?	Einige Beispiele anderer Internetauftritte herangezogen
66	mobile Datenerfassung durch das Tiefbauamt	Ist die Nutzung von privaten Mobilfunkgeräten möglich?	Anschluss von privaten mobilen Geräten ist nicht zulässig.
50 00 51 00	Übermittlungsbefugnis bei Sozialdaten zwischen den Ämtern 50 und 51	Auf Grund welcher Rechtsgrundlage darf "Hilfe zur Pflege" bei Verdacht auf Sozialleistungsmisbrauch dem Kommunalen Jobcenter Daten übermitteln?	Erlaubnistatbestand nach § 69 Abs. 1 Ziffer 1 SGB X
50 01	Auskunft an Gerichtsvollzieher	Darf das Sozialamt einem Gerichtsvollzieher Auskunft über den Aufenthaltsort eines Asylsuchenden geben?	Erlaubnistatbestand nach § 74a SGB X unter bestimmten Bedingungen nach § 90 AufenthG i. V. m. § 755 ZPO. Die Übermittlung der geforderten Angaben ist zulässig.
50 01	VÜA Flüchtlingsheim Erbenheim	Anfrage über den HDSB zu den Aufzeichnungsmodalitäten	VÜA durch Eigentümer nur zur Überwachung während der Bauarbeiten
50 02	Info an Finanzamt	Informationen über Mietverhältnisse sollen an Finanzamt weitergegeben werden.	Hinweis auf die Übermittlungsgrundsätze in den §§ 67d - 78 SGB X
50 02	Anbindung AGT an eAkte	Anbindung der Ausbildungsagentur an die eAkte	Wenn die Ausbildungsagentur wieder städtische Abteilung wird, ist die Anbindung erforderlich und deshalb datenschutzrechtlich unbedenklich.
50 02	Prüfung von Kontendaten durch die Revision	Kontendaten von SGB II - Empfängern, sollen mit den Kontendaten von Beschäftigten abgeglichen werden.	Zulässig gemäß § 67c Abs. 3 SGB X und § 69 Abs. 5 SGB X
50 04	Zugriff auf AZR	Zugriffe auf das Ausländerzentralregister durch die Abteilung Wohnen von Amt 51	Die städtische Netzwerksicherheit musste gegenüber dem Bundesverwaltungsamt erläutert werden, danach konnten die Zugriffe eingerichtet werden.
51 .1	Sozialdaten-Übermittlung an TU	Pseudonymisierte Sozialdaten sollen zu Forschungszwecken an die TU Aachen übermittelt werden.	keine datenschutzrechtlichen Bedenken, wenn der Personenbezug beim Empfänger ausgeschlossen werden kann.
51 .1	Dringlichkeitsvermerk	KiTa-Aufnahme herkunftsbenachteiligter Kinder	Nur mit Einverständniserklärung der Eltern
51 .2	Nutzung einer Dropbox	In der Dropbox dürfen keine personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Im Übrigen sind die Sicherheitseinstellungen zu nutzen.	Keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die temporäre Nutzung von Dropbox, um organisatorische Informationen zu Veranstaltungen bereitzustellen.
51 00	Einverständniserklärung	Grundsätzliche Fragestellung	Erläuterungen zur Rechtslage mitgeteilt

51 02	Kita-Elternbefragung	Teilnahme ist freiwillig, Fragebogen sind anonym, Auswertung in der Fachabteilung	Es bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Durchführung der Elternbefragung in der beschriebenen Form
51 02	Einverständniserklärung	KiTa-Projekt	Die Einwilligungserklärung enthält alle notwendigen Angaben
51 02	Zusammenarbeit mit UKH	Die Abteilung Kindertagesstätten möchte in einem Projekt der Unfallkasse Hessen mitarbeiten.	Umfrage muss freiwillig sein und anonym erfolgen. Die Anonymität muss auch beim Rücklauf und der Auswertung gesichert sein.
51 02	EasyKid - Erweiterung Schnittstelle zu SAP	Mit EasyKid sollen künftig auch die KiTa-Gebühren verarbeitet werden, um Doppelbuchungen zu vermeiden.	Gegen die Übergabe der dazu notwendigen Angaben aus SAP an EasyKid bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken.
51 03	Auswertungsbogen Befragung	Ist das Vorhaben datenschutzrechtlich in Ordnung?	Freiwillige und anonyme Befragung, Fragebogen werden nach kumulierter Übertragung in die Auswertungsbogen datenschutzgerecht vernichtet.
51 04	Gastuser (8)	Einrichtung eines Gastuserzugangs bei 510430	Verpflichtungserklärung und weitere erforderliche Dokumente zugesandt.
51 06	Info von Rettungsdiensten an die Abteilung Altenarbeit	Die Abteilung Altenarbeit möchte von den Rettungsdiensten Informationen über Lebenssituation alter Menschen erhalten.	Die Abteilung Altenarbeit schließt eine Vereinbarung mit dem Rettungsdienst auf der Grundlage von § 17 Hessisches Rettungsdienstgesetz.
51 08	Anfrage Hauptzollamt	Sozialamt fragt nach, ob die angeforderten Daten übermittelt werden dürfen.	keine datenschutzrechtlichen Bedenken; die Übermittlung ist nach § 71 Abs 1 Ziffer 3 SGB X rechtlich zulässig
70 ELW	Zeiterfassung Straßenreinigung	Zeiterfassung zur Ermittlung von Kennzahlen	Vermeidung personenbezogener Daten soweit möglich, andernfalls nach Wegfall der Erforderlichkeit löschen.
70 ELW	Geschäftsordnung des Personalrats der ELW	Prüfen des Entwurfs der GO in Hinblick auf datenschutzrechtliche Belange.	GO ist datenschutzrechtlich unbedenklich, Hinweis auf Beachtung des Datenschutzes beim Versenden von TO und Protokolle an die PR-Mitglieder.
70 ELW	Zugriff auf Personalratsanträge und -protokolle	Anfrage des Personalrats der ELW	Es muss gewährleistet sein, dass das Zugriffsrecht ausschließlich auf Personalratsmitglieder beschränkt ist.
70 ELW	Zugriff auf Postfach	Für das Postfach ist keine Stellvertretung eingerichtet.	Zugriff der Administration, um Abwesenheitsassistenten einzurichten, Nachricht an Postfachinhaber
70 ELW	Videoaufnahme an Unfallbeteiligten?	Die VÜA der ELW zeichnete auf dem Betriebsgelände einen Unfall auf. Darf ein Unfallbeteiligter die Herausgabe der Aufzeichnung verlangen?	Polizei kann die Herausgabe nach StPO verlangen, der Unfallbeteiligte nicht.
70 ELW	GPS für Sinkkästen	Erfassung der GPS-Koordinaten mittels Tough Book	keine datenschutzrechtlichen Bedenken

70 ELW	Überprüfung der Telefonanlage	Störungsbeseitigung erfordert die Aufzeichnung von Verbindungsdaten; keine Gesprächsaufzeichnungen	keine datenschutzrechtlichen Bedenken
70 ELW	Telefondaten aufzeichnen	Wegen einer Störung in der Telefonanlage müssen zur Fehlerfindung Verbindungsdaten aufgezeichnet werden	Alle betroffenen Beschäftigten sind über Zweck, Inhalt und Dauer der Aufzeichnung umfassend zu informieren.
70 ELW	Gebührenbescheide an Hochbauamt	Dürfen die ELW dem Hochbauamt die Gebührenbescheide aller städtischen Mietgebäude zur Verfügung stellen?	Die Weiterleitung an Behörden ist durch den Erforderlichkeitsgrundsatz gedeckt.
70 ELW	Falsche Adresszuordnung	Schreiben des HDSB an 70	Versehen der Druckerei. Antwort an den HDSB
80.60	Löschen von Festplatten	Reicht die Zusicherung von Ricoh zur Löschung nach DoD-Standard?	Nur wenn die Standards des amerikanischen Departement of Defense das mehrfache Überschreiben nach Löschung beinhalten.
82 TWC	Verlust-Tracker	Aktivieren des Verlust-Trackers bei Verlust oder Diebstahl von Handys	Empfehlung eine Verfügung zu erlassen, die allen Nutzern zur Kenntnis gegeben wird
82 WiMa	Datenschutzhinweise auf www.wiesbaden.de	Ergänzung wegen Social Sharing notwendig?	klären gemeinsam mit zuständigem Justizariat (Anfang 2017)
82 WiMa	Datenschutzerklärung für Wiesbaden-Blog	Prüfung der Vorschläge von Wiesbaden-Marketing	keine datenschutzrechtlichen Bedenken, HDSB um Stellungnahme gebeten
82 WiMa	PIWIK	Auswertung von Zugriffszahlen auf wiesbaden.de	keine datenschutzrechtlichen Bedenken
82 WiMa	polizeiliches Auskunftersuchen	IP-Adresse übermitteln im Rahmen eines Tötungsdelikts	gedeckt durch § 14 Abs. 2 TMG
Bü	Beschwerde	Löschung eines Eintrags auf einer Internetseite	per Mail an HDSB verwiesen
Bü	Akteneinsicht verweigert	Klientin der Bezirkssozialarbeit beschwert sich darüber, dass ihr die Akteneinsicht verweigert würde.	Nach Auskunft des Fachamtes wird Akteneinsicht in jedem Fall gewährt. Dadurch dass die Akten elektronisch geführt werden, bedarf die Akteneinsicht einer gewissen Vorbereitung und sollte zu einem gesondert vereinbarten Termin stattfinden.
Bü	Privatbrief in SGB XII-Akte	Schreiben von Dezernat VII an Mitglied einer Stadtteilgruppe landet in dessen Sozialhilfe-Akte	Schreiben wurde aus Akte entfernt. Hinweis auf die Bestimmungen der Aktenführung durch Dezernat II
Bü	Verdacht auf unrechtmäßige Datenübermittlung		Darlegung der gesetzlichen Grundlagen für die Übermittlung im Allgemeinen und im Sozialdatenschutz im Besonderen
Bü	Kürzung der Leistungsbezüge	Die Kürzung beruhe auf veralteten, falschen Daten	Schreiben an Fachbereich, die vorliegenden Daten auf Richtigkeit zu überprüfen
Bü	Beschwerde Werbung	Beschwerde über eine Firma wegen Werbeanrufe trotz Widerspruch	zuständigkeitshalber weitergeleitet an HDSB

Bü	Hochschule Rhein-Main	Beschwerde über Ungleichbehandlung nach Verweigerung der Einwilligungserklärung	zuständigkeitshalber weitergeleitet an HDSB
Bü	Beschwerde Schweigepflicht	Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht (SGB XII)	Stellungnahme in Zusammenarbeit mit 50 01 an HDSB
Bü	Kontoerklärung	Rechtmäßigkeit der Ermächtigung bei Rücküberweisungen	Kontoerklärung wird nun künftig nicht mehr verwendet.
Bü	Auskunftsersuchen nach § 18 (3) HDSG	Ein Bürger möchte wissen, welche Daten bei der Stadtverwaltung Wiesbaden über ihn gespeichert sind.	Anschreiben an alle Ämter mit der Bitte, dem Bürger die entsprechenden Auskünfte zu erteilen.
Bü	Anfrage Zuständigkeit DSB	Wer ist Ansprechpartner bei Datenschutzfragen im Bereich der ESWE	Anfragenden entsprechend informiert
Bü	Einsicht in Bauakte (über HDSB)	Beschwerde wegen einer (vermeintlich) widerrechtlichen Akteneinsicht in eine Bauakte	Stellungnahme an HDSB
Bü	Beschwerde über Wahlwerbung (2)		Hinweis auf § 50 Bundesmeldegesetz
Bü	Beschwerde über Wahlwerbung		Hinweis auf § 50 Bundesmeldegesetz
Bü	Beschwerde über unvollständige Akteneinsicht	Beschwerde über das Umweltamt wegen geschwärzter Stellen in einem Genehmigungsverfahren	Es hat sich herausgestellt, dass dies letztlich keine datenschutzrechtliche Frage war.
Div	Heimarbeit	Erstanträge oder Folgeanträge	Insgesamt wurden im Jahr 2016 67 Anträge auf Heimarbeit bearbeitet.
Div	DSB Marburg Steuerbescheide	Der Marburger DSB fragt an, ob die ausführliche Benachrichtigung über die Art der Daten auf der Rückseite der Steuerbescheide weiterhin notwendig ist.	§ 18 HDSG verlangt für die Benachrichtigung der Betroffenen ausdrücklich die Benennung der Art der Daten. Eine Abkürzung scheint mir deshalb hier nicht möglich.
DSB	Datenaustauschverbesserungsgesetz	Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustauschs zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken	
DSB	10. Europ. Datenschutztag	Teilnahme am Europäischen Datenschutztag am 28. Januar	
Frak	Antrag IT-Sicherheitsbeauftragter	Antrag der Fraktion Linke&Piraten zu den offenen Punkten im DS-Bericht	Besprechung im Revisionsausschuss am 7.9.16
HDSB	Stechkarten	HDSB bemängelt anlässlich eines Besuchs den ungeschützten Zugang zu den Stechkarten	Empfehlung an alle Beschäftigten im Hause, die Stechkarten bei sich zu tragen.
HDSB	Gespräch im Hause des HDSB	Referat über die Aufgaben des behördlichen DSB	Termin am 18. März 2016 mit Rechtsreferendarin
IT-M	WinKoSi Erweiterung der Zugriffsrechte	Besprechung in der Lenkungsgruppe	Vorgaben sind aus datenschutzrechtlicher Sicht so in Ordnung
IT-M	Zugang für Bundesrechnungshof	Zwei Prüfer des BRH möchten für ihre Prüfung persönliche Internetzugänge nutzen.	Es sind nur stadttübliche Gastuser-Zugänge möglich
IT-M	Erweiterte Zugriffsrechte WinKoSi für Amt 12	Anfrage, ob für Mitarbeiterinnen von Amt 12 erweiterte Zugriffsrechte eingerichtet werden können.	Im Prinzip ja, aber auch hier wäre zunächst eine Änderung des Magistratsbeschlusses herbeizuführen.

IT-M	kritische E-Mails mit Verschlüsselungstrojaner	E-Mails mit kritischen Anhängen	Absprache zwischen Wivertis, IT-M, DSB
IT-M	Internet Gruppenkennung	Anfrage der Stadtbi an IT-M	nur sehr restriktiv zu erlauben und mit zusätzlicher manueller Protokollierung
MA	Hilfe bei Masterarbeit	Personenbezogenen (Stromverbrauchs-) Daten von der ESWE anonymisieren	Weitergeleitet an das Amt für Statistik
MA	Beschwerde Datenweitergabe	Ein Mitarbeiter des Grünflächenamtes beschwert sich wegen der unberechtigten Weitergabe seiner Daten.	Der Darstellung wurde von der vorgesetzten Stelle widersprochen, doch sollen die betreffenden Personen noch einmal auf das Datengeheimnis hingewiesen werden.
Wiv	Überprüfung der Stadt als Dienstleister für Wivertis	Die Verarbeitung der Personaldaten erfolgt durch Datenverarbeitung im Auftrag.	Ausfüllen eines Fragebogens mit Personalamt und Informationsmanagement; künftiger Ansprechpartner für Wivertis bleibt das Personalamt.
Wiv	Nutzung einer Dropbox	Mitarbeiterin nutzt anscheinend eine Dropbox für dienstliche und private Zwecke	Nach Auskunft der Mitarbeiterin werden keine dienstlichen Daten auf der Dropbox gespeichert.
Wiv	E-Mail-Absender	Ermitteln und weitergeben	Entscheidung liegt beim Postfachinhaber
Wiv	RDS CAL Auswertungen		keine datenschutzrechtlichen Bedenken
Wiv	Verschlüsselungstrojaner LOCKY	Achtung weiterer Mail-Trojaner	Beschäftigte wurden informiert
Wiv	LOGA Ergänzungsvertrag	Da das Personal- und Organisationsamt bei der Bearbeitung von Personalangelegenheiten als Dienstleister für Wivertis tätig ist, muss ein Vertrag über Auftragsdatenverarbeitung abgeschlossen werden.	langwierige Verhandlungen zwischen dem Personal- und Organisationsamt und dem Datenschutzbeauftragten der Wivertis; letztlich wurde der Vertrag aber wie gesetzlich vorgeschrieben geschlossen.